

Stadt Hildburghausen

17.06.2021

Beschlussvorlage

Einreicher: Bürgermeister

Beschlusnummer:

0493/2021

Amt: Büro Bürgermeister
Sachbearbeiter: Frau Leicht
Aktenzeichen:
Bezug-Nr.:

Sitzung	Status	Datum	Abstimmung:
Stadtrat	öffentlich	23.06.2021	Ja: 19 Nein: 0 Enth.: 0

Bezeichnung der Vorlage:

Beitritt zur Interessengemeinschaft Schienenlückenschluss Südthüringen - Coburg

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat der Stadt Hildburghausen beschließt den Beitritt zu einer Interessengemeinschaft für die Realisierung des „Schienenlückenschlusses Südthüringen – Coburg“ und beauftragt den Bürgermeister, den Beitritt zu unterzeichnen.

gez.

Bürgermeister
Tilo Kummer

gez.

Kämmerei
Birgit Köhler

gez.

Justiziar

gez.

Amtsleiterin Haupt-
und Personalamt
Stefanie Zöllner

Begründung:

Seit vielen Jahren gibt es große Bemühungen, eine schnelle und attraktive Schienenverbindung für den Personenverkehr zwischen Südthüringen und dem nordwestlichen Oberfranken wiederherzustellen. An diesem gesamten Prozess sind insbesondere die regionalen Gebietskörperschaften, die politischen Vertreter auf Kommunal- und Landesebene, der Fahrgastverband ProBahn sowie die IHK Coburg und Südthüringen beteiligt.

Die Absichtserklärung zur Bildung einer Interessengemeinschaft zur Realisierung des Schienenlückenschlusses, die im Juli 2020 initiiert wurde, zeigt eindeutig das Bestreben am

gemeinsamen Handeln. Nur durch einheitliches Auftreten der regionalen und politisch Beteiligten wird deutlich der Wille in Richtung Landes- und Bundespolitik kommuniziert und aufgezeigt, dass die gesamte Region hinter diesem zukunftsorientierten Projekt steht. Eine engere Vernetzung der Wirtschaftsräume in Südthüringen und Nordbayern bringt ein erhebliches Potential für die wirtschaftliche und nachhaltige Entwicklung.

Aufgrund der Neuerungen im Gemeindeverkehrsfinanzierungs- und Regionalisierungsgesetz, die 2020 in Kraft traten, besteht die Gelegenheit für eine verbesserte Finanzierungsmöglichkeit für Infrastrukturvorhaben im Schienenbereich.

Hinsichtlich der aktuellen Lage wird ausdrücklich Wert daraufgelegt, dass keine starre Reaktivierung, sondern eine ergebnisoffene Untersuchung möglicher Trassen unter Berücksichtigung der Umstände verfolgt wird.

Verteiler nach der Beschlussfassung:

Sitzungsdienst
Justitiar
Amt 10
Amt 20
Amt 32
Amt 60